

Die Haftentlassungsanträge im Reichstag.

Ruth Fischers erstes Debit.

Neue kommunistische Vermittlungen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 2. Juni. Im Zeichen noch leerer Regierungsbänke begann der Reichstag seine heutige Sitzung, die im wesentlichen der Frage der verhafteten Abgeordneten gewidmet war. Präsident Wollf gab zunächst bekannt, daß folgende Abgeordnete zu Schriftführern gewählt worden sind: Dr. Philipp (D.-N.), Kawerrens (D.-N.), Schulze-Frankfurt (D.-N.), Schwarz-Frankfurt (Zentr.), Frau Teusch (Zentr.), Schmidt-Weihen (Zoa.), Frau Anagnon (Zoa.), Frau Bohm-Schub (Zoa.), Beumermann (D. Sp.), Reiser (Dem.), Rauch-München (Bav. Sp.), Rude (Wirtschaftspartei).

Die Kommunisten stellten aus, was ihre Fraktion mit lärmenden Zurufen beantwortete.

Präsident Wollf wies dann darauf hin, daß das Stammverwandte und befreundete Österreich von einem furchtbaren Schicksalsschlag betroffen worden sei, durch das eben so ruhmlos wie unsinnige Attentat auf den Bundeskanzler Seipel. Die Arbeit dieses hervorragenden, selbstlosen und erfolgreichen Mannes sei dadurch jäh unterbrochen worden. Nach den mündlichen Mitteilungen des österreichischen Gesandten sei das Befinden des verletzten Kanzlers zurzeit befriedigend. Das deutsche Volk, vertreten durch seinen Reichstag, verbinde sich mit dem österreichischen Volk in der innigen Hoffnung, daß der Bundeskanzler seine lebensreiche Tätigkeit bald wieder aufnehmen könne. (Lebhafte Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Der Präsident erbat dann die Ermächtigung der österreichischen Regierung die Teilnahme des Reichstages auszusprechen zu dürfen. Diese Ermächtigung wurde ihm von der großen Mehrheit des Hauses erteilt, während die Kommunisten unter dem Vorsitz des Reichstages Widerspruch erhoben.

Auf der Tagesordnung stand dann der Antrag der Nationalsozialisten auf

Aufhebung der Festungshaft des Abg. Kriebel (Nat.-Zoa.) und die kommunistischen Anträge auf Freilassung der kommunistischen Abgeordneten Kademann, Pfeiffer, Urban, Jadaich, Hendemann, Schlicht, Buchmann, Florin und Lindau. — Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.) berichtete über die Verhandlungen des Geschäftsordnungsausschusses. Dieser hat beschlossen, das Strafverfahren gegen Kademann (Komm.) für die Dauer der Sitzungsperiode einzustellen und die verhängte Untersuchungshaft aufzuheben, und weiter die gegen Kriebel (Nat.-Zoa.) verhängte Festungshaft, die gegen Kademann verhängte Gefängnisshaft, die gegen Buchmann, Florin und Schlicht in München verhängte Untersuchungshaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben. Auch die Untersuchungshaft gegen Jadaich soll aufgehoben werden, das Strafverfahren gegen Jadaich soll weitergehen. Da bei Urban die Untersuchungshaft noch schwebt und bei einer Freilassung die Gefahr der Verdunkelung droht, soll in diesem Falle die Untersuchungshaft nicht aufgehoben werden. Bezüglich der Abgg. Pfeiffer, Lindau und Schlicht ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Präsident Wollf teilte mit, daß nach einer telegraphischen Meldung aus München die Abg. Buchmann und Florin bereits aus der Haft entlassen worden seien.

Ueber den Fall Jadaich berichtete Abg. Wöbe (Zoa.) getrennt. Der Ausschuh beantragte, die Untersuchungshaft aufzuheben, das Strafverfahren aber weitergehen zu lassen.

— Abg. Brodau (Dem.), von den Kommunisten mit dem Ruf begrüßt: „Neht kommt die verkörperte Demokratie“, stimmte für seine Fraktion den Ausschuhentwurf im Falle des Nationalsozialisten Kriebel nicht zu. Die Wollfischen beantworteten dies mit lebhaften Zurufen. Der Ausschuh habe hier nicht mit alledem was gemeint. Den Attentäter von rechts wolle er freilassen, nicht aber den von links.

Die weiteren Ausführungen des Redners werden von großem anhaltenden Lärm der Kommunisten sowohl wie der Nationalsozialisten unterbrochen.

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Dr. Aahl (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß schon der frühere Geschäftsordnungsausschuh den Standpunkt vertreten habe, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen könne; denn das Staatsinteresse sei unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand andauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wiewohl aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen geleide von den Kommunisten aus, welche die gegenwärtige Staatsform beseitigen wollen. (Wärmende Zurufe der Kommunisten.) Wenn man dann solche Verbrecher freilasse, begäbe man geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Dr. Aahl (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß schon der frühere Geschäftsordnungsausschuh den Standpunkt vertreten habe, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen könne; denn das Staatsinteresse sei unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand andauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wiewohl aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen geleide von den Kommunisten aus, welche die gegenwärtige Staatsform beseitigen wollen. (Wärmende Zurufe der Kommunisten.) Wenn man dann solche Verbrecher freilasse, begäbe man geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Dr. Aahl (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß schon der frühere Geschäftsordnungsausschuh den Standpunkt vertreten habe, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen könne; denn das Staatsinteresse sei unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand andauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wiewohl aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen geleide von den Kommunisten aus, welche die gegenwärtige Staatsform beseitigen wollen. (Wärmende Zurufe der Kommunisten.) Wenn man dann solche Verbrecher freilasse, begäbe man geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Dr. Aahl (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß schon der frühere Geschäftsordnungsausschuh den Standpunkt vertreten habe, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen könne; denn das Staatsinteresse sei unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand andauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wiewohl aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen geleide von den Kommunisten aus, welche die gegenwärtige Staatsform beseitigen wollen. (Wärmende Zurufe der Kommunisten.) Wenn man dann solche Verbrecher freilasse, begäbe man geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Dr. Aahl (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß schon der frühere Geschäftsordnungsausschuh den Standpunkt vertreten habe, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen könne; denn das Staatsinteresse sei unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand andauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wiewohl aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen geleide von den Kommunisten aus, welche die gegenwärtige Staatsform beseitigen wollen. (Wärmende Zurufe der Kommunisten.) Wenn man dann solche Verbrecher freilasse, begäbe man geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Dr. Aahl (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß schon der frühere Geschäftsordnungsausschuh den Standpunkt vertreten habe, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen könne; denn das Staatsinteresse sei unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand andauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wiewohl aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen geleide von den Kommunisten aus, welche die gegenwärtige Staatsform beseitigen wollen. (Wärmende Zurufe der Kommunisten.) Wenn man dann solche Verbrecher freilasse, begäbe man geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Dr. Aahl (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß schon der frühere Geschäftsordnungsausschuh den Standpunkt vertreten habe, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen könne; denn das Staatsinteresse sei unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand andauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wiewohl aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen geleide von den Kommunisten aus, welche die gegenwärtige Staatsform beseitigen wollen. (Wärmende Zurufe der Kommunisten.) Wenn man dann solche Verbrecher freilasse, begäbe man geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Dr. Aahl (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß schon der frühere Geschäftsordnungsausschuh den Standpunkt vertreten habe, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen könne; denn das Staatsinteresse sei unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand andauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wiewohl aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen geleide von den Kommunisten aus, welche die gegenwärtige Staatsform beseitigen wollen. (Wärmende Zurufe der Kommunisten.) Wenn man dann solche Verbrecher freilasse, begäbe man geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Dr. Aahl (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß schon der frühere Geschäftsordnungsausschuh den Standpunkt vertreten habe, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen könne; denn das Staatsinteresse sei unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand andauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wiewohl aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen geleide von den Kommunisten aus, welche die gegenwärtige Staatsform beseitigen wollen. (Wärmende Zurufe der Kommunisten.) Wenn man dann solche Verbrecher freilasse, begäbe man geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Dr. Aahl (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß schon der frühere Geschäftsordnungsausschuh den Standpunkt vertreten habe, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen könne; denn das Staatsinteresse sei unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand andauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wiewohl aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen geleide von den Kommunisten aus, welche die gegenwärtige Staatsform beseitigen wollen. (Wärmende Zurufe der Kommunisten.) Wenn man dann solche Verbrecher freilasse, begäbe man geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Koenen (Komm.) behauptet, daß sein Fraktionskollege Urban während der Hamburger Aufstände gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz gewesen sei. In Deutschland werde nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation nicht auf den Bauch zu schmeißen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Vagner! Novemberverbrecher! Auf des Kommunisten Höllein: Wollf! Ihr rühmt euch, ihr Kapitalisten da drüben!)

Abg. Nehrenbach (Zentr.) erklärt, daß die beiden Fälle Urban und Kriebel zwar die Grundlage des Hochverrats gemeinsam hätten, aber im Falle Kriebel handle es sich um eine abgeurteilte Sache. Kriebel sei vom Volksgericht in München zu fünf Jahren Festung verurteilt, nach Verbüßung von sechs Monaten sei ihm eine Bewährungsfrist in Aussicht gestellt. Er nehme an, daß sich der Herr in sechs Monaten bewähren werde. Von ihnen seien ja bereits zwei Monate herum. Also könne er sich noch vier Monate bewähren, und im Reichstag hätte man es nicht nötig, die noch übrigen vier Monate im Wege der Immunität zu verfahren.

Als dann der Nationalsozialist Fried das Wort nimmt, brechen die Kommunisten in wilden Geheule aus, mit dem sie die ganze Rede Frieds begleiten.

Redner betont, daß das frühere Münchner Volksgericht in seinem Urteil hervorgehoben habe, daß Kriebel aus rein vaterländischen Motiven handele. Schließlich seien doch die Motive in erster Linie maßgebend. Außerdem glaube Kriebel, mit dem Inhaber der vollziehenden Gewalt zusammenzugeben. In München habe es überhaupt keinen Aufstand mit der öffentlichen Gewalt in bewußter Weise gegeben.

Bei Kriebel habe es sich nicht um eine ehrlose Bestimmung gehandelt und es sei also kein Grund vorhanden, einen solchen Patrioten nicht in den Reichstag zu lassen. Für die Entlassung von Urban könnten die Nationalsozialisten aber nicht stimmen, weil dieser der Drahtzieher des gewaltigen kommunistischen Aufstandes in Hamburg war.

Als die lärmenden Zurufe der Kommunisten fort-dauern und die weiteren Ausführungen des Redners in dem Lärm untergehen, bemerkt Präsident Wollf: Ich habe den Damen und Herren von der kommunistischen Partei folgendes zu sagen: Es würde mir eine unangenehme Pflicht sein, Abgeordnete von der parlamentarischen Tätigkeit auszuschließen. (Lachen bei den Kommunisten.) Meine Pflicht ist aber, für eine würdige Geschäftstätigkeit des Reichstages zu sorgen.

Abg. Fried (fortfahrend): Ihr (zu den Kommunisten) Streben ist es ja, Deutschland unter Moskaus Schutz zu stellen, unter die rote jüdische Internationale. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Die Liebe des Abg. Brodau triebste nur so von demokratischer Objektivität. Wir weisen aber auf diese Art Objektivität, die nichts weiter ist als vollstündige Anockenerweichung.

Abg. Dittmann (Zoa.) erklärt, seine Partei denke nicht daran, den Deutschvölkischen zu helfen, damit sie Abgeordnete ihrer Partei freilassen und dann verbündeten, daß Kommunisten im gleichen Maße der Immunität teilhaftig würden.

Abg. Anze (Deutsch-Zoa.): In den beiden Fällen muß unbedingt gleiches Maß angewendet werden, denn in beiden Fällen handelt es sich um Hochverrat. Dieser ist allerdings seit dem 9. November 1918 kein besonderes Kapitalverbrechen, sondern nur noch ein relatives Verbrechen. (Heiterkeit.) Also ist in beiden Fällen Immunität zu gewähren.

Danach tritt zum ersten Male die berüchtigte Kommunistin Frau Wohle (Ruth Fischer) die Rednertribüne. Sie erklärt, daß es ihr eine riesige Freude sei, dieses Parlament der Kampfmannen und der Kapitalisten, dieses Affentheater begrüßen zu können. (Großer Lärm.)

Der Präsident ruft die Rednerin zur Ordnung. Ihre weiteren Ausführungen leitete sie mit der Anrede „Sehr verehrtes Komödientheater“ ein. Der Präsident erteilt einen zweiten Ordnungsruf, und macht die Rednerin auf dessen geschäftsordnungsmäßige Folgen aufmerksam. Schließlich läßt die Eräutler der Rednerin allgem. eine Heiterkeit aus.

Auch Präsident Wollf kann sich nicht enthalten, über die Ausführungen zu lächeln. Der Abg. Scholem (Komm.) nimmt dies zum Anlaß, ihm zuzurufen: Wie grüßen Sie denn so doof?

Damit schließt die Aussprache. Die Einstellung des Strafverfahrens und die Aufhebung der Untersuchungshaft gegen den Kommunisten Hendemann sind gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei beschlossen. Die Abstimmung im Falle Urban ist hienichtlich. Für die Haftentlassung stimmen nur Kommunisten, Sozialdemokraten und Deutsch-Zozale mit 149 Stimmen, dagegen die 222 Mitglieder der übrigen Fraktionen. Die Haftentlassung ist also entprechend dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses abgelehnt. Auch die Abstimmung im Falle Kriebel ist hienichtlich. Für die Entlassung stimmen 119 Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Deutsch-Zozale, dagegen die übrigen 229 Abgeordneten. Auch diese Entlassung ist also abgelehnt.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kademann wird mit 189 gegen 189 Stimmen angenommen. In den Fällen der kommunistischen Abgeordneten Jadaich, Buchmann, Florin, Schlicht werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses angenommen. — Wegen 17 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Reichstags-Sitzung findet am Dienstag nachmittags 11 Uhr statt. Es sollen in dieser Sitzung weitere Haftentlassungsanträge behandelt werden. Wenn bis morgen mittag die Regierungsbildung aufhört, so soll noch eine Erklärung der Regierung entgegen genommen werden.

Der Strafantrag im Gorden-Prozess.

Berlin, 2. Juni. Am Prozeß gegen den Gorden-Attentäter Anfermann beantragte der Staatsanwalt eine Strafe von 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Berlin, 2. Juni. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute die Verhandlung gegen den Oberleutnant a. D. Walter Anfermann, der zusammen mit dem Landwirtschafswissenschaftler Herbert Reichardt und dem Verlagsbuchhändler Orenz das Attentat auf Maximilian Gorden ausgeführt hat. Reichardt und Orenz sind deshalb schon abgerichtet. Anfermann war flüchtig geworden und wurde später in Wien verhaftet, von wo aus er an die deutschen Strafbehörden ausgeliefert wurde. Maximilian Gorden ist nicht erschienen. Er bat aus Holland ein ärztliches Attest eingereicht, daß er dort in Behandlung sei und ohne Gesundheitsgefährdung die Reise nach Berlin nicht unternehmen könne.

Der Verteidiger Anfermanns, Dr. Findar, beantragte Verlesung des Briefes, den Gorden aus Holland an den Vorsitzenden adressiert hat. Gorden's Krankheitsfall scheint nicht so schlimm zu sein, daß er nicht erscheinen könne. Gorden betonte selbst, daß er nie wieder sich freiwillig einem deutschen Gericht stellen werde. Es geht klar aus dem Briefe hervor, welche hochverräterische Tendenz der Schreibweise Gorden's innewohnt und von welchem Haß gegen Deutschland und besonders die deutsche Wirtsh Gorden befeuert sei. Der Brief enthalte eine offenkundige Verhöhnung des Deutschen Reiches und der deutschen Rechtspflege vor aller Welt. Dieser Brief mache es erklärlich, wenn Männer wie Anfermann zu solchen Taten gedrängt wurden. Außerdem beantragte der Verteidiger die Verurteilung Gorden's für das unentschuldigste Ausbleiben. Nachdem der Oberstaatsanwalt der Verlesung des Briefes, da dieser unerschütterlich sei, widersprochen hatte, lehnte das Gericht sowohl die Verlesung des Briefes, als auch die Verurteilung Gorden's ab, da das Attentat den Gerichtshof beschuldige.

Der Anklageakte schildert sodann den Anschluß an Maximilian Gorden. Er habe den Heberfall verübt, weil er Gorden für einen Landesverräter gehalten habe. Bei den Vorbereitungen sei niemals von einer Totmura, sondern nur von einer Verpöschung gesprochen worden. Er habe auch, nachdem er Gorden mehrere Schläge mit einem Tosschläger auf den Kopf gegeben hatte, dem Heberfallenen zuguerufen: Dein Leben will ich nicht haben. Nach der Rekrutierung seines Mitläufers Reichardt sei er nach Bayern und von dort nach Wien geflüchtet.

Der Kampf gegen Millerand.

Serriol über die Präsidentenkrise.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
 Paris, 1. Juni. Nach Ende der Zusammenkunft, die heute früh in der Kammer zwischen den Fraktionen der Radikalen und den radikal-sozialistischen Parteien stattfand, gab Serriol den anwesenden Journalisten kurze Erklärungen ab. Er sagte, daß die Tagesordnung, die von den Fraktionen bezüglich der Abdankung Millerand's angenommen wurde, keinen Zweifel zulasse. Wenn er seinerzeit in das Elisee gegangen sei, so habe er sich hierzu einverstanden erklärt, um nicht durch eine ernste Krise den Staatskörper Frankreichs und damit die eigentliche Waffe für jede Politik in diesem Augenblick zu erschüttern. Serriol erklärte weiter, daß ganz Amerika nach zahlreichen Depeschen und eingegangenen Rundgebungen gegenüber der französischen Regierung außerst günstig gestimmt sei.

Millerand's letzter verwegener Coup.

Paris, 2. Juni. In den gestrigen Beratungen der Linksparteien schreibt „Le Courrier“: In einer Kammer mit 584 Abgeordneten stellten 307 bereits eine ausreichende Mehrheit dar. Angesichts einer mit solcher Heftigkeit zum Ausdruck gebrachten republikanischen Mehrheit fragte es sich, was Millerand tun werde. Western morgen habe er noch die Absicht gehabt, an Kammer und Senat eine Postkarte zu richten, die Poincaré schon im voraus zu unterzeichnen und vor das Parlament zu bringen bereit gewesen sei. Das Ministerevotum habe aber außer Zweifel gestanden. Darauf habe Millerand einen letzten verwegenen Coup riskiert und Maginot beauftragt, ein Kabinett zu bilden mit der Mission, vom Senat die Auflösung der Kammer zu verlangen. Millerand habe die feste Hoffnung gehabt, dieses Auflösungsdekret vom Senat zu erhalten. Man brauche kaum festzustellen, daß Millerand sich darin schief unterrichtet erwiesen habe. Er hätte keine hundert Senatoren gefunden.

Paris, 2. Juni. „Le Nouvelle“ erklärt, mittelften zu können, daß bereits gestern Anweisung erteilt worden sei, in aller Eile den Sitzungssaal des Kongresses von Versailles herzuräumen. Die Vertrauten des Elisees behaupteten, der Entschluß Millerand's, zurückzutreten,

sei schon gefaßt, aber er gedanke sich seines Mandates nach den Regeln der Verfassung erst zu entledigen, wenn die neue Kammer endgültig tage. (W. T. W.)

Die parlamentarische Arbeit des Unterhauses.

London, 2. Juni. Ende dieser Woche wird sich das Parlament verlagern, um am 16. Juni von neuem zusammenzutreten. Im Laufe dieser Woche wird die Regierung noch mehrere wichtige Gesetzentwürfe vorlegen, darunter das Hausgesetz, das mit Rücksicht auf die Meinungsäußerung des Sprechers als Finanzgesetz behandelt wird und dem vor der ersten Lesung eine Finanzresolution vorausgeschickt wird. Diese Finanzresolution wird der Gesundheitsminister Wheatley morgen einbringen. Das Gesetz sieht vorderhand keine Maßnahmen zur Ausübung einer Kontrolle der Preisgestaltung der Baumaterialien vor, doch verläutet, daß ein Eräußerungsbescheid auf diesem Zweck entworfen worden sei und dem Unterhaus gleichzeitig mit dem Hausgesetz vorgelegt werden wird.

Tagung des Industrieausschusses für die Durchführung des Gulachtens.

Paris, 2. Juni. Der Organisationsausschuh für die durch das Sachverständigenprogramm vorgesehene Ausgabe von Industrieobligationen hat heute vormittag seine Tätigkeit aufgenommen. Der Ausschuh setzt sich zusammen von Vertretern der Reparationskommission, dem Franzosen Descomps und dem Italiener Bianchi. Die deutsche Regierung wird vertreten durch den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. v. Trendelenburg. Die deutsche Industrie durch Geheimrat Bücher. In der heutigen ersten Sitzung ist beschlossen worden, den wie beim Eisenbahn-Organisationsausschuh mit vorgesehene fünfzig Teilnehmer, der ein Engländer sein soll, vorerst nicht zu ernennen. Man ist sofort in eine Erörterung technischer Fragen eingetreten und hat sich darin geeinigt, daß im Laufe dieser Woche täglich Sitzungen abgehalten werden sollen. Ein Bericht soll vorläufig nicht veröffentlicht werden. (W. T. W.)